

Nicaragua: Das Ende eines Paktes

Anders als in gefestigten Demokratien war jede Wahl in Nicaragua seit 1990, als die revolutionäre Phase zu Ende ging, der Anfang unvorhersehbarer und abrupter Veränderungen. Heute prägt ein Bündnis der Liberalen Partei und der Sandinisten die nicaraguanische Politik. Aber die Führungsansprüche von Arnoldo Alemán und Daniel Ortega werden von neuen Herausforderern bedroht, die die Korruption und Straffreiheit anklagen. Angesichts dieser Situation wird argumentiert, dass Europa sowohl bei der Festigung der Demokratie wie auch als Garant der Wahlen am 5. November eine Rolle spielen kann.

Andrés Pérez-Baltodano

Die Institutionalisierung eines demokratischen Systems bedarf eines gesellschaftlichen Konsenses über das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, der als Rahmen für den politischen Wettbewerb der Parteien dient. Unter demokratischen Bedingungen muss dieser die Pflichten und Rechte der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren widerspiegeln. Sonst sind Wahlergebnisse nicht zwangsläufig legitimiert. Mehr noch, die politische Theorie postuliert, dass eine Wahldemokratie ohne sozialen Konsens

zu einem Mechanismus verkommen kann, mit dem die Spaltung einer Gesellschaft über parteipolitische Optionen formal festgeschrieben wird.

In Gesellschaften mit etablierten Demokratien wird durch die Wahlen bestimmt, wie ein institutionalisiertes Wirtschafts-, Politik- und Sozialsystem verwaltet werden soll. Die Parteien, die dabei in Konkurrenz zueinander stehen, bieten unterschiedliche Lösungen für die **Regierung** stabiler und legitimierter politischen Ordnungen.

Die Parteien bieten unterschiedliche Lösungen für die Regierung in stabilen politischen Ordnungen

So spielen die Unterschiede zwischen einer Labour-Regierung und einer konservativen Regierung in Großbritannien oder zwischen einer sozialdemokratischen und christdemokratischen bzw. liberalen Regierung in Deutschland historisch gesehen keine große Rolle.

Nach den Wahlen von 1990, die das Experiment der sandinistischen Revolution beendeten, hat Nicaragua eine Wahldemokratie ohne sozialen Konsens erlebt, wodurch sich das Land in einer permanenten institutionellen Krise befand. Als Beleg genügt es, die weitgehende Vorhersagbarkeit und geringe Variation von Wahlergebnissen in konsolidierten Demokratien mit der völligen Ungewissheit bei Wahlen in Nicaragua zu vergleichen, wo man jedes Mal den Eindruck gewinnt, die Republik würde neu gegründet. Jede einzelne Wahl während der so genannten «demokratischen Transition» hat in Nicaragua einen neuen, so nicht vorhersehbaren politischen Horizont eröffnet.

In diesem Sinne werden die Wahlen am 5. November 2006 nicht anders sein. Auch sie werden sich nicht auf einen gesellschaftlichen Konsens stützen, der die Regierung der Siegerpartei konditionieren könnte. Viele gesellschaftspolitische Faktoren sind in Nicaragua weiterhin unklar. Zum Beispiel die Priorität der Armut in einem Land, das auf der Rangliste der lateinamerikanischen Länder mit der höchsten Unterernährung an zweiter Stelle steht; das Verhältnis der Staatsgewalten zueinander; das Modell der Weltmarktintegration; das Verhältnis zwischen Staat und Kirche; Präsidialsystem oder Parlamentarismus; repräsentative oder partizipative Demokratie.

Wahldemokratie ohne gesellschaftlichen Konsens

Der 1990 mit dem Sieg von Violeta Chamorro eingeleitete Regimewechsel vollzog sich nicht im Rahmen eines Konsenses über die Organisation der Gesellschaft nach dem Experiment der Revolution. Der von der Regierung

**Die neoliberale
Reform
konditionierte
das Demokratie-
modell**

Chamorro (1990-1997) geschaffene gesetzliche Rahmen der neoliberalen Wirtschaftsreform wurde praktisch von den internationalen Finanzorganisationen aufgezwungen, die die Transition unterstützten. Dieser Rahmen wiederum konditionierte das Demokratiemodell stark und erschwerte die Formulierung eines sozialen Konsenses, der die Bedürfnisse und Wünsche einer immer noch zwischen Sandinisten und Antisandinisten gespaltenen Gesellschaft widerspiegelt.

Bei den Wahlen im Jahr 1996 erzielte die von Arnaldo Alemán und der Liberalen Partei (*Partido Liberal Constitucionalista*, PLC) angeführte antisandinistische Allianz einen klaren Sieg über die Sandinistische Befreiungsfront (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*, FSLN) und ihren Kandidaten Daniel Ortega. Sie konnte auf die offene Unterstützung der Vereinigten Staaten und der nicaraguanischen katholischen Kirche zählen. Alemán führte das von der Regierung Chamorro eingeführte Wirtschaftsmodell zwischen 1997 und 2002 weiter und leitete gleichzeitig eine der korruptesten Phasen in der Geschichte Nicaraguas ein. Der Bericht von *Transparency International* für das Jahr 2001 sieht Nicaragua unter den fünfzehn korruptesten Ländern der Welt und als das drittkorrupteste Land in Lateinamerika¹.

Unter der Regierung Alemán gingen außerdem mehrere Privatbanken in Konkurs, was den Staat sieben Milliarden Córdoba kostete. Dieser Betrag entspricht dem Fünffachen des Bildungsetats des Landes oder dem Fünfundzwanzigfachen des öffentlichen Budgets für den Einkauf von Medikamenten². Allein der finanzielle Verlust durch den betrügerischen Konkurs der Interbank belief sich auf 300 Millionen Dollar. Die Bank fungierte als «Zentrum der unternehmerischen Aktivitäten des sandinistischen Kapitals, das aus der *piñata* der 90er Jahre hervorgegangen war»³. Mit dem Ausdruck «*la piñata*» bezeichnen die Nicaraguaner die unrechtmäßige Aneignung von Staatseigentum durch sandinistische Politiker in den Monaten nach ihrer Wahlniederlage 1990.

1. Transparency International: *Corruption Perception Index*, 2001, verfügbar unter <<http://transparency.org/>>.

2. Gobierno de Nicaragua (Regierung von Nicaragua): *Incontables desafíos, una sola voluntad* [Unzählige Herausforderungen, ein einziger Wille], 2002, verfügbar unter <www.presidencia.gob.ni/>.

3. «Golpes y contragolpes, propuestas y contrapropuestas» [Schläge und Gegenschläge, Vorschläge und Gegenanschläge] in *Envío* Nr. 280, 7/2005, Managua, S. 3-12.

Die Korruption der Regierung Alemán fand ihre Entsprechung im ideologischen Niedergang der beiden wichtigsten politischen Parteien, die sich allmählich zu organisierten «Banden» entwickelten und nur ihre Eigeninteressen verfolgten. Der Liberalismus der PLC war keine Programmaussage mehr, sondern diente nur noch als Etikett für das Wahlmarketing. Die FSLN wiederum gab ihre revolutionären Prinzipien auf und entwickelte sich zu einer höchst pragmatischen Organisation, der es nur noch darum ging, ihre Macht um jeden Preis zu erhalten und auszubauen. Einer ihrer wichtigsten Führer, Ricardo Coronel Kautz, verteidigte das Verhalten seiner Partei mit den Worten: «Ethik ist nichts weiter als ein bürgerliches Vorurteil»⁴.

Aller ideologischen, ethischen und programmatischen Prinzipien entledigt, begann die FSLN mit der PLC zusammen zu arbeiten. Unter Ausnutzung ihrer überwältigenden Mehrheit in der Nationalversammlung teilten die Liberalen und Sandinisten die Macht im Obersten Gerichtshof, dem Obersten Wahlrat, dem Rechnungshof, dem Büro für Menschenrechte und der Bankenaufsicht unter sich auf. Das Bündnis ermöglichte die Verabschiedung eines Gesetzes, durch das die «*piñata*» legalisiert wurde, und öffnete die Türen für eine Verfassungsreform, um die Macht der beiden großen Parteien für immer festzuschreiben.

Außerdem schuf das Übereinkommen ein System zum persönlichen Schutz der Führer beider Parteien. Ortega machte davon Gebrauch. Unter Berufung auf seine parlamentarische Immunität und mit Unterstützung von Liberalen und Sandinisten in der Nationalversammlung entging er den strafrechtlichen Folgen der von seiner Adoptivtochter Zoilamérica Narváez gegen ihn erhobenen Vorwürfen wegen sexuellen Missbrauchs. Arnaldo Alemán wiederum sollte seine parlamentarische Immunität für den Versuch nutzen, sich den juristischen Konsequenzen der nach Beendigung seiner Amtszeit als Präsident gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe zu entziehen.

***Das Übereinkommen
schuf ein System
zum persönlichen
Schutz der Führer
beider Parteien***

Schließlich blockierte der Pakt die Bildung anderer politischer Gruppierungen und nur die Neutralität der Streitkräfte verhinderte die Errichtung einer neuen Diktatur in Nicaragua.

4. Coronel Kautz, Ricardo: «Política y ética en Nicaragua» [Politik und Ethik in Nicaragua] in der Tageszeitung *El Nuevo Diario*, 23.9.2005.

2001 wurde der Vizepräsident Alemán und Koordinator eines wirkungslosen Komitees für Verwaltungstransparenz, Enrique Bolaños Geyer, als Präsidentschaftskandidat der Liberalen für die Wahlen im November nominiert. Ebenso wie sein Vorgänger konnte Bolaños auf die Unterstützung durch die Kirche und die Vereinigten Staaten zählen.

Die Regierung Bolaños gab die hochtrabende Losung «Das neue Zeitalter» aus, was einmal mehr die Unvorhersehbarkeit und den Gründergeist von Wahlen in Nicaragua in der Übergangszeit nach der Revolution deutlich macht. Die Sandinisten und ihr Kandidat Daniel Ortega wiederum verbreiteten im Wahlkampf eine Losung, die den Nicaraguanern «das gelobte Land» versprach. Beide Parteien kündigten also ein «neues Nicaragua» an und machten damit deutlich, dass es keinen institutionalisierten politischen Konsens über die grundlegenden Eigenschaften der gesellschaftlichen Ordnung in Nicaragua gab.

Die PLC errang mit 56,3% der Stimmen erneut einen Sieg, die FSLN erhielt dagegen nur 42,3%. Um zu verhindern, zur Marionette von Alemán zu werden, nutzte Bolaños die allgemeine Unzufriedenheit mit der Korruption und startete eine Kampagne gegen die wichtigsten der in Skandale verwickelten Beamten der scheidenden Regierung. Der Hauptverantwortliche für die Plünderung des Staates, Alemán, für den der von Bolaños initiierte «Kampf gegen die Korruption» wohl am überraschendsten kam, wurde verurteilt und ins Gefängnis gesteckt.

Alemán machte sich seine Macht zunutze, um sich dem Strafvollzug zu entziehen

Alemán machte sich jedoch seine Macht als Führer der PLC und sein Bündnis mit der FSLN zunutze, um sich dem nicaraguanischen Strafvollzug zu entziehen. Er machte gesundheitliche Probleme geltend und verbrachte Monate im besten Krankenhaus Managuas. Schließlich schaffte er es, dass der Haftbefehl in einen «Hausarrest» umgewandelt wurde, der ihm ein Leben in Luxus gestattet, und ihm erlaubt, seine Partei bequem von Zuhause aus zu führen.

Unglücklicherweise verpasste Bolaños die Chance, den Kampf gegen die Korruption zu einer politischen Bewegung zu machen, die in der Lage gewesen wäre, die gespaltene nicaraguanische Gesellschaft zu einen. Der gegenwärtige Präsident stützte sich vielmehr auf internationale Institutionen wie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und vor allem auf die Macht der



USA: Washington war daran interessiert, Alemán politisch auszuschalten und die PLC zu «säubern», um sie zu einer Kraft zu machen, die in Wahlen gegen die FSLN bestehen könnte. Die Partei stand jedoch bedingungslos hinter dem inhaftierten ehemaligen Präsidenten und erklärte offen ihre Opposition zur Regierung Bolaños, der aus eben dieser Partei hervorgegangen war. Das trug dazu bei, das Bündnis mit den Sandinisten zu stärken.

***Über Bolaños’
Haupt hängt das
Damokles-
schwert eines
Gerichtsverfahrens***

Ortega hat es ebenfalls verstanden, sich die politische Schwäche Bolaños’ zunutze zu machen, dem er nach Gutdünken entweder Rückendekung gibt oder droht: Über Bolaños’ Haupt hängt das Damoklesschwert eines Gerichtsverfahrens wegen angeblicher Wahldelikte, das die FSLN nach Belieben einleiten oder fallen lassen kann.

Kurzum, die beiden wichtigsten Parteien sowie die Nationalversammlung und die Exekutive funktionieren nach einer korrupten Logik, der zufolge allein zum Machterwerb Bündnisse geschmiedet oder aufgelöst und Versprechen gehalten oder gebrochen werden. Dieses System schert sich erwiesenermaßen nicht um die Bedürfnisse einer Gesellschaft, die nicht über die Rechte, die Organisation und die Instrumente verfügt, um dem Verhalten ihrer politischen Führer und Repräsentanten im Staat Grenzen zu setzen.

Der Kampf gegen den Pakt

Während der Regierungszeit Bolaños kämpften Organisationen der Zivilgesellschaft und die wichtigsten Massenmedien vergeblich gegen das Bündnis der beiden Parteien. Auch in den Parteien selbst bildeten sich Bewegungen, die sich dem Pakt widersetzen: Einige Liberale und Sandinisten lehnten die Korruption ihrer Führer aus ethischen Gründen ab. Andere waren der Meinung, dass das Verhalten von Ortega und Alemán die Wahlaussichten schmälern und das Heranwachsen neuer Führungsfiguren verhindern würde.

In der PLC mündete der Widerstand gegen das Bündnis darin, dass sich der Bankier Eduardo Montealegre zur Wahl stellte, Außen- und Finanzminister in den Regierungen Alemán und Bolaños. Er kann mit der Unterstützung wichtiger liberaler Dissidenten, der Finanzelite des Landes und der Konservativen Partei (*Partido Conservador*) rechnen. In der FSLN werden die Dissidenten von Herty Lewites angeführt, Tourismusminister unter der sandinistischen

Regierung und Bürgermeister von Managua zwischen 2000 und 2004. Er steht an der Spitze der «Bewegung zur Rettung des Sandinismus» (*Movimiento de Rescate del Sandinismo*), die bekannte Politiker und Intellektuelle in ihren Reihen beherbergt. Nach den Meinungsumfragen der letzten sechs Monate ist Lewites der beliebteste Kandidat, während Montealegre auf den zweiten und Ortega auf den dritten Platz kommen.

Wie vorauszusehen war, hat die PLC versucht, der Kandidatur Montealegres die Legitimation zu entziehen, die FLSN dagegen, Lewites in Verruf zu bringen. Mehr noch, Daniel Ortega und andere Mitglieder der sandinistischen Führung haben versucht, in der überwiegend katholischen Bevölkerung antisemitische Gefühle zu schüren, indem sie die jüdische Abstammung Lewites' herausstellen: Unter Berufung auf die Gefahr der «Leviten» und den Verrat des «Judass» sollte der ehemaligen Bürgermeister diskreditiert werden. Ortega hat sogar gedroht, die «Judasse könnten am Galgen enden».

***Die FSLN weiß
dass sie für
Manipulationen
einen hohen Preis
zahlen würde***

In dieser Situation hat sich Lewites an die internationale Gemeinschaft gewandt, vor allem an europäische und lateinamerikanische Regierungen und Parteien, und über die Angriffe der Führer des Bündnisses FSLN-PLC geklagt. Seine Rechnung scheint aufzugehen: Die FSLN weiß heute, dass sie einen hohen Preis zahlen würde, wenn sie die Justiz oder das Wahlrecht manipuliert, um ihren Opponenten zu behindern.

In dieser Situation hat sich Lewites an die internationale Gemeinschaft gewandt, vor allem an europäische und lateinamerikanische Regierungen und Parteien, und über die Angriffe der Führer des Bündnisses FSLN-PLC geklagt. Seine Rechnung scheint aufzugehen: Die FSLN weiß heute, dass sie einen hohen Preis zahlen würde, wenn sie die Justiz oder das Wahlrecht manipuliert, um ihren Opponenten zu behindern.

Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass Ortega und Alemán sich damit abfinden werden, gegen die Dissidenten in ihren Parteien anzutreten oder gar die Wahlen im November zu verlieren. Nach einer kürzlich durchgeführten Umfrage befürchten über 55% der Nicaraguaner einen Wahlbetrug⁵.

In dieser komplizierten Vorwahlsituation bemüht sich die US-Botschaft darum, die Kandidatur von Montealegre mit der anderer Bewerber gleicher politischer Orientierung zusammen zu führen: Der Zusammenschluss der verschiedenen liberalen Alternativen unter Ausschluss von Alemán bietet bessere Aussichten auf einen Sieg über die FSLN. Die Kandidatur von Lewites wird von den USA bislang weder offen unterstützt noch abgelehnt.

5. «Ciudadanos temen un fraude en elecciones 2006» [Bürger befürchten Betrug bei den Wahlen in 2006] in *Confidencial* Nr. 463, 20-26, 11/2005, S. 1.

Es gibt zwei Hauptgründe dafür, warum Washington den Sieg der FSLN verhindern möchte. Zunächst, weil es in der Regierung Bush Akteure des kalten Krieges und alte Feinde der Sandinisten gibt. Und zum anderen aus Sorge über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Daniel Ortega und dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, gerade jetzt, wo der Sieg von Evo Morales in Bolivien eine neue lateinamerikanische Linke an der Macht gestärkt hat, die den USA offen kritisch gegenüber steht.

Ungewisse Wahlaussichten

Der Vorwahlkampf in Nicaragua dreht sich vornehmlich um zwei Punkte: Beim ersten, den wir bereits betrachtet haben, handelt es sich um die Konfrontation zwischen den Kräften des Pakts FSLN-PLC und jenen Bewegungen, die sich diesem Bündnis widersetzen. Den zweiten Konfliktpunkt bilden die Spannungen zwischen der FSLN und der PLC, die sich im fortwährenden Bemühen beider Parteien zeigen, sich ihren Partner unterzuordnen und ihre eigene Ausgangslage für die Wahlen im November zu verbessern.

Ein Sieg der FSLN Daniel Ortegas würde zu einer Regierung führen, die dazu neigt, das Zweckbündnis mit der PLC aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig würde sie ein Konzept verfolgen, das versucht, antiimperialistische Rhetorik, den Hang zum Populismus und eine höchst pragmatische Sicht auf Politik ins Gleichgewicht zu bringen, um so an der Macht zu bleiben. Ein Sieg der PLC von Arnoldo Alemán wäre ein Triumph der Korruption und Straflosigkeit, die Fortsetzung des Zweckbündnisses mit der FSLN und praktisch der Zu-

Ein Sieg der PLC wäre ein Triumph von Korruption und Straflosigkeit

sammenbruch des nicaraguanischen Demokratie-Experiments. Sollten Lewites und Montealegre es schaffen, alle Anstrengungen Ortegas und Alemáns zu ihrer Ausschaltung zu überleben und sich zur Wahl stellen, dann erhalten die Nicaraguaner nicht nur die Chance, über die Beendigung oder Fortsetzung des Bündnisses FSLN-PLC abzustimmen, sondern auch zwischen den verschiedenen Visionen beider Kandidaten zu wählen.

Wenn wir die Geschichte und Zusammensetzung der Bewegungen, die Montealegre und Lewites unterstützen, den politischen Werdegang beider und ihre bisherigen Äußerungen zur Zukunft Nicaraguas zugrunde legen, können wir zwei zentrale Elemente unterscheiden, die Bestandteil ihrer jeweiligen Vorstellungen über den Staat und die Gesellschaft sind:

Die Bewegung zur Rettung des Sandinismus (*Movimiento de Rescate del Sandinismo*) von Lewites lehnt den Etatismus (überragende Rolle des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Leben) und den Populismus ab. Gleichzeitig vertritt sie die Idee vom Staat als institutionellem Mechanismus zur Formulierung und Regulierung der Beziehungen zwischen Markt und Gesellschaft. Sie ist der Auffassung, dass die Marktdynamik in gesetzliche Rahmenbedingungen eingebettet sein muss, die ein Gemeinwohl schützen, das der Armutsbekämpfung Vorrang einräumt. Diese Vorstellung steht im Gegensatz zur neoliberalen, konventionelleren Vision der Liberalen Nicaraguanischen Allianz-Konservative Partei (*Alianza Liberal Nicaragüense-Partido Conservador*), von der Eduardo Montealegre unterstützt wird. Letztere neigt dazu, die Organisation von Staat und Gesellschaft den Erfordernissen des Marktes anzupassen.

Desweiteren würde Lewites versuchen, die Demokratie durch die Entwicklung der Bürgerrechte zu stärken und sich zur Bändigung des Staates auf die Bevölkerung stützen. Montealegre dagegen geht eher davon aus, dass es zur Stärkung der Demokratie notwendig ist, die Organisationen der Zivilgesellschaft zu stärken, um so die Stabilität herzustellen, die für das Modell des neoliberalen Marktes erforderlich ist.

Lewites steht mit anderen Worten für eine linksdemokratische Alternative, die grob gesagt in jene politische Strömung einzuordnen wäre, die von Ricardo Lagos und Michelle Bachelet in Chile, Tabaré Vázquez in Uruguay, Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien und Néstor Kirchner in Argentinien repräsentiert wird. Werdegang und Ansichten Montealegres stehen dagegen für die Fortführung des 1990 durchgesetzten neoliberalen Wirtschaftsmodells und der entsprechenden Art zu regieren, wenn auch ohne Korruption. Aufgrund der politischen Unterschiede zwischen den beiden Führern ist es unwahrscheinlich, dass sie sich zusammen tun, um den Kandidaten des Bündnisses FSLN-PLC die Stirn zu bieten. Trotzdem findet die Idee eines gemeinsamen Wahlvorschlages von Lewites und Montealegre für das Präsidentenamt durchaus Unterstützung.

***Lewites steht
für eine links-
demokratische
Alternative***

Schlussfolgerung: Was kann Europa tun?

In diesem schwierigen Umfeld können die europäischen Länder eine wichtige Rolle dabei spielen, Bedingungen zu schaffen, die die Hauptschwäche des

nicaraguanischen politischen Systems überwinden helfen: Das Fehlen eines gesellschaftlichen Konsenses, der der Polarisierung und dem Paktieren ein Ende setzt. Konkret und kurzfristig kann Europa seinen Einfluss geltend machen, um einen Wahlbetrug im November zu verhindern, aber auch, um zu unterbinden, dass die Kandidaten, die sich dem Bündnis FSLN-PLC entgegenstellen, in undemokratischer Weise ausgeschaltet werden.

Mit anderen Worten kann Europa dabei helfen, die nicaraguanische Demokratie zu stärken und geeignete Bedingungen für den politischen Wettbewerb zu schaffen. Und zwar ohne Manipulation, wie die USA sie derzeit praktizieren. Deren Eingreifen steht einem wirklichen, den demokratischen Willen der Nicaraguaner widerspiegelnden Gleichgewicht der Kräfte im Wege.

Ecuador Debate

Diciembre de 2005

Quito, Ecuador

Nº 66

COYUNTURA: La constituyente: entre Hermes, Cronos y Pandora: el Ecuador en sus límites / La huella ecológica de la dolarización / Conflictividad socio-política: julio-octubre 2005. TEMA CENTRAL: Ensayo en torno a las regiones de Ecuador. Herencias y reestructuraciones territoriales / La persistencia de lo regional / Hacia el desarrollo descentralizado local y regional / Democracia y territorio en España. Rasgos y retos del Gobierno multinivel español. DEBATE AGRARIO-RURAL: Niños, guaguas y guambas: representaciones en la comunidad de Pitaná Alto. ANÁLISIS: Movimiento indígena, participación política y buen gobierno municipal en Ecuador: el Alcalde Mario Conejo de Otavalo / El proyecto chavista: entre el viejo y el nuevo populismo / Escolarización de niños inmigrantes y propuestas de los partidos políticos. Murcia 2003.

Ecuador Debate es una publicación del Centro Andino de Acción Popular. Redacción: Diego de Utreras 733 y Selva Alegre. Apartado aéreo 17-15-173-B, Quito, Ecuador. Tel.: 2 522763. Correo electrónico: <caap1@caap.org.ec>.